



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des
Syndikats des Police

Landesbezirk Saarland

gdp-saarland@gdp-online.de * www.gdp-saar.de
Fon: (0681) 811498 * Fax: (0681) 815231

Infodienst

Saarbrücken, 19. September 2003

Weihnachtsgeld ade?

Ministerpräsident Müller erläutert „Sonderopfer“

Heute Morgen führten die Vorsitzenden von DGB, Verdi, GEW und GdP (Roth, Linsler, Kessler und Müller) ein zweistündiges Gespräch mit Ministerpräsident Müller sowie Innenministerin Kramp-Karrenbauer und Finanzminister Jakoby.

Die wichtigsten Botschaften des Ministerpräsidenten:

- Notwendigkeit eines weiteren jährlichen Sparvolumens in der saarländischen Beamtenschaft von zirka 20 Millionen €;
- dazu Umsetzung der Öffnungsklausel bereits im Jahre 2003.

Folgende konkrete Umsetzungsvorstellungen:

- Reduzierung des derzeitigen Weihnachtsgeldes in der Größenordnung von zirka 25%;
- dabei Berücksichtigung eines Sozialfaktors (untere Gehaltsgruppen geringere Reduzierung als bei oberen);
- auch Berücksichtigung eines Familienfaktors (z.B. Zahl der Kinder);
- Zahlung eines begrenzten Urlaubsgeldes nur noch für untere Besoldungsgruppen.

Die heftige Kritik der Gewerkschaftsvertreter basierte auf den von der Beamtenschaft bereits erbrachten Sparbeiträgen und zeigte Wirkung: Für das Jahr 2003 wird die Umsetzung nochmals in Frage gestellt!

An der Umsetzung für 2004 will MP Müller zwingend festhalten. Er wies auch darauf hin, dass Einsparungen an anderer Stelle (z.B. Beförderungsbudget, Einstellungen) erforderlich sind, wenn der o.g. Gesamteinsparbetrag von 20 Millionen € nicht durch die Öffnungsklausel erreicht wird.

Da die diesbezüglichen Beratungen im Kabinett bereits am 07. Oktober 2003 zum Abschluss kommen sollen, ist für Samstag, 04. Oktober 2003, ein weiteres Spitzengespräch mit DGB, GdP, Verdi und GEW vereinbart worden.

Der Landesvorsitzende der GdP, Hugo Müller, hat soeben den GdP-Landesvorstand zu einer Sondersitzung für Freitag, 26. September 2003 eingeladen, um über diese schwerwiegenden Attacken auf den sozialen Besitzstand in der Beamtenschaft und die Konsequenzen hieraus zu beraten.

Hugo Müller

Landesvorsitzender

P.S.:

Anbei die gemeinsame Presseerklärung des DGB und seiner ÖD-Gewerkschaften!

DGB-Gewerkschaften gegen weitere Belastungen der Beamten

Saarbrücken. Am 19. September 2003 hatte der saarländische Ministerpräsident Peter Müller die saarländischen Chefs von DGB, Eugen Roth, ver.di, Rolf Linsler, GEW, Klaus Kessler sowie der GdP, Hugo Müller zu einem Gespräch über die von der Landesregierung geplante Kürzung des Weihnachts- sowie des Urlaubsgeldes für die Beamtinnen und Beamten im Landesdienst eingeladen.

Mit Entschiedenheit wandten sich die Gewerkschafter gegen weitere finanzielle Opfer der beim Land beschäftigten Beamtinnen und Beamten. Im Ergebnis der heftigen Diskussion gewannen die Gewerkschafter den Eindruck, dass die Kürzungen für das Jahr 2003 noch einmal abgewendet werden konnten. Ab dem Jahre 2004 jedoch solle eine nach Besoldungsgruppen gestaffelte Kürzung erfolgen. Der Ministerpräsident stellte klar, dass er die Übertragung auf die Tarifbereiche fordern werde. Die Gewerkschafter blieben bei ihrer konsequent ablehnenden Haltung. Daher vereinbarten beide Seiten für den 4. Oktober eine neue Gesprächsrunde zu diesen Themen.

Die Gewerkschaftsseite machte nochmals darauf aufmerksam, dass die Beamtinnen und Beamten in den vergangenen Jahren durch die Zwangserhöhung ihrer Arbeitszeit, Kürzungen der Beihilfen für Gesundheitskosten sowie weiterer finanzieller Belastungen einseitig Opfer für die Sanierung der öffentlichen Haushalte erbracht hätten. Die öffentlichen Schulden konnten dadurch nicht gesenkt werden.

Mit dem Plan der Landesregierung, das Weihnachts- und das Urlaubsgeld für die Beamtinnen und Beamten des Saarlandes zu kürzen, so der saarländische DGB-Chef Eugen Roth, sei das Maß voll. Deswegen hätten die Gewerkschaften nicht die Absicht, den Plänen der Landesregierung zuzustimmen.

Kessler warnte davor, dass offensichtlich weiter geplant sei, die Besoldung mittelfristig um 10% zu kürzen bzw. die Arbeitszeit weiter zu verlängern, wie das in anderen Bundesländern geschehe. Gerade die Lehrerinnen und Lehrer an allen saarländischen Schulen hätten angesichts der Zunahme sozialer Probleme in der Gesellschaft und unzumutbarer Klassenfrequenzen diesen sozialen Kahlschlag der Landesregierung nicht verdient.

Linsler warnte die Landesregierung davor, diesen tiefen Griff in die Portemonnaies auch den Arbeitern und Angestellten aufzuzwingen. Für diese Vorhaben kündigte er den schärfsten Widerstand seiner Gewerkschaft an.

Mit der Streichung des Weihnachts- bzw. Urlaubsgeldes schlage es für viele Familien von Polizistinnen und Polizisten Dreizehn, so Hugo Müller. Sie hielten oft unter Einsatz ihres Lebens die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht und sollen nun durch ihre Landesregierung finanziell abgestraft werden.

Die Gewerkschafter machten darauf aufmerksam, dass die Kürzungspläne der Landesregierung finanzpolitisch und ökonomisch verfehlt seien. Denn was heute gekürzt werde, könne morgen nicht den Wirtschaftsfluss beschleunigen. Was Not tue, sei die Erhöhung der Staatseinnahmen durch das Eintreiben von Steuerrückständen und die Durchsetzung von Steuergerechtigkeit auch gegenüber den Unternehmen und Besserverdienenden. So könne das Saarland allein mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer Mehreinnahmen von über 20 Mio. Euro verbuchen. Die Nutzung der Gewerbesteuer würde weitere Millionen Euro in den Landeshaushalt spülen.

Ständig bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu sparen, führe in die Sackgasse und sei überdies sozial ungerecht. Eugen Roth riet dem saarländischen Ministerpräsidenten, sich nicht in einen Wettbewerb hetzen zu lassen, der darum ginge, wer seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am tiefsten in die Tasche greife. Vor dem Hintergrund des Superwahljahres 2004 seien solche Überlegungen sicher besonders wertvoll für die Landesregierung.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Mallok Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V., Landesbezirk Saar,
St. Johanner Straße 49, 66111 Saarbrücken, ☎ 0681/98849-110, E-Mail: lbz.saar@verdi.de,